

Dresdner Volkszeitung

Hauspostkonto: Dresden,
Sohn & Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Sohn & Comp., Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 18,00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 54,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
31,00 M., Einzelnummer 1,00 M.

Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbpaltene Komparatizeile 5,00 M., Familienanzeigen
4,00 M., die halbpaltene Neufameile 20,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme
ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverlieferung 1 M.

Nr. 96

Dresden, Dienstag den 25. April 1922

33. Jahrg.

Was bedeutet der nächste Krieg?

In der New Yorker Volkszeitung lesen wir:

Unter den Lehren, die die kapitalistische Gesellschaft am weitestgehenden vertreten und für alle ihre „Schönheiten“ Entschuldigungen finden, nimmt die Evening Mail, deren „Ehrerungen“ während des Krieges noch in allgemeiner Erinnerung sein dürften, einen hervorragenden Platz ein. Dieses Blatt gehört einem großkapitalistischen Konfession, das an ausländischen Unternehmungen — in solchen Zentralamerikas und besonders Mexikos — interessiert ist. Es nimmt daher auch nicht wunder, daß die Evening Mail für vorwiegend imperialistische Außenpolitik eintritt und speziell gegen Mexiko das Evangelium der gebanzerten Faust predigt. Die imperialistisch-kapitalistische Politik muß aber naturgemäß zum nächsten Krieg hineingehen.

Es ist daher um so überraschender, in diesem Blatte einen Artikel zu finden, der die Wahrheit über den nächsten Krieg erzählt und einige der — den Eingeweihten bekannten, der großen Masse aber fremden — Ursachen über die Art der Vorbereitungen für den nächsten großen Krieg mitteilt, mit denen sich in unsern Tagen die „Kulturnationen“ beschäftigen. Der Artikel ist so lehrreich, daß er in seinen wichtigsten Stellen hier wörtlich wiedergegeben werden soll.

Es gibt Leute in diesem Lande, die ihre Köpfe zuden und sagen: „Nächstes ist unermesslich. Es hat immer Kriege gegeben und es wird stets Kriege geben.“ Denken diese Leute aber daran, was der Krieg der Zukunft, falls er kommen sollte, bedeuten würde? Wären sie sich die Mühe zu nehmen, die Amerika in ihm zu tun haben würde? Denken sie an die Waffen, die Amerika zu verwenden gewöhnt ist? ... Der letzte Krieg war mehr als jeder vorhergehende ein Kampf zwischen Kulturen, anstatt ein Kampf zwischen Völkern und Nationen. Aber selbst als solcher stellte er eine Ministerkonferenz des kolonialen Konflikts dar, den uns ein anderer Krieg bringen würde.

Im Jahre 1911 stellten sich die verschiedenen Generalstabschefs der Welt vor, daß eine Armee oder eine Flotte zur Aufgabe. In den Jahren werden sie die Vernichtung ganzer Völker planen. Es ist das, ohne jede Heberhebung, die Bedeutung der von allen Nationen heute vorgesehenen Kriegsvorbereitungen. Das ist die Bedeutung des Ausbaus des Interseebewessens, des grauenhaftesten Wettlaufes, ein giftigeres und immer giftigeres Gas herzustellen, die Bomben, ein Feuer zu entfachen, das nicht gelöscht werden kann, sowie der Pläne für die Verbeizung der furchtbaren Krankheiten durch Bakterien. Falls die heute überall akzeptierten Pläne zur Durchführung gelangen, so wird sich in ein paar Jahren kein Mensch darüber aufregen, wenn das Massenmorden von Japan und Hindern als eine wichtige Kriegsmassnahme betrachtet werden wird.

Seitdem General Mitchell erklärte vor einiger Zeit dem Repräsentantenhauskomitee, daß „einige Aeroplane jede acht Tage einen Umkreis von 1000 Meilen um die Erde herum fliegen können, daß das ganze Territorium damit durchfliegen werden würde.“ ... 200 Tausend Flugzeuge könnten auf diese Weise alle acht Tage auf diese hundert Meilen fliegen lassen, und sie würden genügend, um jedes lebende Wesen darin zu töten.“ ... Amerikaner teilte der gleichen Körperschaft mit, Amerika könne leicht mehrere Tausend Tausend einen leblichen Gases herstellen — eines Gases, von dem 4000 Tausend, von 300 bis 400 Luftschiffen verteilt, Deutschland, falls es das Geheimnis gefasst hätte, zum Sieger des Weltkrieges gemacht haben würde.

Waffenmord? Ja, aber Massenmord vorher. Es war unmöglich, die Soldaten der den verhältnismäßig harmlosen Gasen zu töten, die im letzten Krieg in Anwendung gebracht wurden; auch Gasbomben halfen nur ganz wenig. Die vollkommen unmöglich war es dann aber, eine ungeschützte Zivilbevölkerung vor einem Gas zu beschützen, das die Haut verätzt und auf diese Weise seine tödliche Wirkung ausübt? Großstädte, die mit diesem Gas besetzt würden, müßten zu einer gasigen Schlacht furchtbaren Leidens für Millionen Bevölkerung werden.

Nur vor Abschluß des Waffenstillstandes hatte ein Anzeiger ein unheilbares Gas erfunden — das Leuzite — das in die Haut eindringen würde; die Haut vergiften und in allen Fällen tödlich wirken würde; es verbreitete sich 50mal so schnell und so weit wie irgendein vordem bekanntes Gas. Wäre der Krieg beendet worden, hätte Deutschland seine Pläne für eine Massenvergiftung von Paris durch Luftschiffe zur Durchführung gebracht. Es wäre das Gas gegen Berlin angewandt worden. Zwölf mit Leuzite gefüllte Bomben würden, so versicherten Experten, genügt haben, um jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in Berlin zu töten. Heute aber ist die technische Entwicklung schon ebenso weit über Leuzite hinausgeschritten, wie Leuzite damals einen „Fortschritt“ über das Rotzgas darstellte.

Wird das Vorhandensein von Gasen gegen die Anwendung von chemischen Waffentypen ihre Verwendung verhindern? Nein und gar nicht. Die ganze Kriegsgeschichte beweist, daß internationale Vereinbarungen nicht das Papier wert sind, auf das sie unterschrieben wurden, wenn erst einmal eine im Krieg befindliche Nation die Möglichkeit ihres Sieges durch die Anwendung von Gasen in ihrem Versteck befindlichen Waffe erhebt.

Was die Evening Mail hier sagt, ist wahr, aber diese Maßnahmen werden fast nur von den Vertretern und Mandatären der großen Kapitalisten als wahr angesehen, von den Kapitalisten hingegen bestritten und abgelehnt. Man so mehr wird es die Pflicht der Arbeiterklasse und der revolutionären Arbeiterbewegung, die nächsten Kriege darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn sie nicht handeln, der nächste Krieg über die Welt hereinbrechen wird und stummereisse des Weltkrieges in ein paar Jahren wieder ausbrechen müssen.

Und ganz besonders wird es zur Pflicht, rechtzeitig über die Mittel zu schaffen, die das Feuer des imperialistischen Kapitalismus zu löschen können. Dafür bedarf es der Vorarbeiten, langer und mühsamer Vorarbeiten.

Ein paar El-Louis-Abteilungen tun's nicht. Ebenso wenig die „Abteilungskongressen“. Aber konspizive, qualitativere Arbeiterorganisationen geistlicher, unerschrockener Proletariat tun's eben.

Poincaré will marschieren

Während in Genoa die französische Delegation mit ihrem Vorgehen gegen Deutschland keinen Erfolg gehabt hat, sah sich Poincaré veranlaßt, in Bar le Luc eine seiner bekannten Drohreden zu halten. Wie immer beklagt er sich darüber, daß man Frankreich des Imperialismus beschuldige. Gerade das Abkommen von Rapallo sei, wie richtig es sei, daß Frankreich nicht so rasch absteige. Erst wenn Deutschland vollkommen entwaffnet sei, könne man Frankreich entwaffnen. Er Poincaré, könne nicht genug wiederholen, daß Frankreich mit ganzem Herzen auf diesen Augenblick warte.

Die Annäherung Deutschlands an Rußland kann morgen eine direkte Bedrohung gegen Polen und eine indirekte gegen Frankreich werden. Dadurch sei eine politische Situation geschaffen, die geeignet ersehe, das europäische Gleichgewicht zu kompromittieren und vielleicht umzuwälzen. Wir werden aber ohne Bezug auf unsere Alliierten die durch den deutsch-russischen Vertrag geschaffene neue Tatsache prüfen und daraus alle Folgerungen zu ziehen haben.

Welcher Art diese Folgerungen sind, geht aus seinem Hinweis hervor, daß man sich einem Verfallstage nähert:

Vor dem 31. Mai habe Deutschland die Verpflichtung, sich dem Programm unterzuordnen, daß die Reparationskommission aufgestellt habe, das heißt, sich zu verpflichten, einen Komplex von neuen Steuern zu votieren und eine internationale Kontrolle über seine Finanzen anzunehmen. Wenn Deutschland widerstehe und wenn zur festgesetzten Stunde die Reparationskommission eine Verletzung feststelle, hätten die Alliierten das Recht und inselgeden auch die Pflicht, zum Schutze ihrer Interessen Maßnahmen zu ergreifen, von denen es ungewisshast unübersichtlich wäre, wenn sie nach gemeinsamen Abkommen angenommen und angewendet würden, die aber nach dem Wortlaut des Vertrages nötigenfalls auch von jeder der interessierten Mächte allein ergriffen werden könnten.

und die Deutschland nach dem Vertrage von Versailles nicht als einen Akt der Feindseligkeit ansehen dürfe.

Mit dieser Möglichkeit, daß Frankreich auf eigene Faust gegen Deutschland vorgeht, muß natürlich gerechnet werden. Wahrscheinlich bietet sich ja hier den Franzosen zum letzten Male die Gelegenheit, doch noch das Ruhrgebiet besetzen zu können, und — da nach einem französischen Sprichwort der Appetit beim Essen kommt — womöglich noch weiter in Deutschland einzumarschieren.

Im Augenblick ist auch nicht zu sehen, was Frankreich an diesem Sonderzugehören hindern könnte. Wir selbst können natürlich militärisch keinen Widerstand leisten, wodurch allerdings auch für die Franzosen bei ihrem Vor-marsch irgendwelche „Siege“ und militärischen „Erfolge“ nicht zu gewinnen sind. Und daß eine andere Macht (England oder die Vereinigten Staaten) die Franzosen im Augenblick ernstlich hindern könnte, muß als ausgeschlossen gelten. Die Widerstände, die sich den Franzosen von dieser Seite eventuell entgegenstellen, würden sich erst später bemerkbar machen. (Wenn z. B. die angelsächsischen Staaten auf die Bezahlung der französischen Schulden drängen.)

Es gibt zur Zeit nur ein Mittel, einen französischen Einmarsch unmöglich zu machen: durch eine internationale Anleihe Deutschland in den Stand zu setzen, die französischen Forderungen zu befriedigen. Und da sowohl England wie die Vereinigten Staaten das größte Interesse daran haben, daß Europa zur Ruhe kommt und daß ein französischer Einmarsch in Deutschland mit all seinen unübersehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen vermieden wird, so dürfen wir hoffen, daß in Genoa oder doch im Anschluß auf diese Konferenz eine solche internationale Anleihe für Deutschland zustande kommt.

Dieser Weg muß beschritten werden, da man nicht weiß, wie weit Poincaré es mit seiner Drohung ernst meint. Denn es ist auch sehr gut möglich, daß dieses neueste Ereignis französischer Verdröbnungssünde gar nicht außerpolitisch, sondern rein innerpolitisch zu werten ist; daß es nur dazu dienen soll, dem französischen Volk und vor allem den Nationalisten im Land die Rückzug zu verleiern, den die Franzosen in Genoa antreten mußten.

Neuer Konflikt mit den Russen?

Eigener Drahtbericht:

Genoa, 25. April, 11 Uhr morgens. Die Beratungen zwischen den Exzentriken und Rußland stehen im Augenblick durchaus unglücklich. Demnach, den der Sonnabend drückt, sollte gestern ein neuer Spektakel, als Lausanne unerwartet im Auftrag der Sowjetdelegation ein neues Memorandum vorlegte, das als Spezialantwort auf die ersten sieben Punkte der Londoner Sachverständigenkommission gelten soll und wesentlich weitgehend als die bekannte Antwort der Russen auf das Londoner Gesamtmemorandum. Die Anerkennung der Kriegsschulden und die Sozialisierungsmaßnahmen macht die russische Delegation in ihrem neuesten Schreiben von einem langfristigen Moratorium abhängig. Eine Anerkennung soll für diejenigen Mächte nicht in Frage kommen, mit denen Rußland zur Zeit in Grenzstreitigkeiten lebt. Weiter wird u. a. noch die Rückzahlung aller unvollständigen Forderungen des ehemaligen Rußlands verlangt. Auch ein französischer Vorschlag soll der Sachverständigenkommission das Recht haben, mit denen man seine Verhandlungen führen könne, mit der Aufforderung zum Verlassen des Sitzungszimmers beantwortet haben. Dieser Aufforderung kamen die Russen jedoch nicht nach, die Alliierten u. beschließen Bestätigung. Auf Vorschlag Lloyd Georges soll ein Fragebogen formuliert werden, der Bezug nimmt auf die ersten sieben Punkte des Londoner Memorandum

über die russische Frage, und der von den Russen eine klare Antwort mit Ja oder Nein verlangt. Es ist kaum anzunehmen, daß die russische Delegation den Alliierten ohne weiteres den Gefallen tut. Tschiwilerin und Straßin wissen selbst am besten, daß sie in Genoa nichts zu verzeichnen haben und stellen deshalb ungeduldet der Verzögerung der Franzosen und Lloyd Georges ihre Antwort dementsprechend ein. Andererseits haben sich die Exzentriken Rußland gegenüber so viel vergeben, als daß sie noch eine respektvolle Behandlung erwarten könnten. Jeermann, der die Dinge in der Nähe sieht, weiß, daß man den Russen nicht nur nachläßt, sondern sie nachgerade anlekt. Das Tschiwilerin dieses Empfindens nicht hat, ist nicht anzunehmen, wie man ihm auch nicht verabsäumen kann, daß er die Haltung Rußland auf dieses Empfinden einstellt.

Der Wunsch, die Beratungen bald zu Ende zu führen, ist allgemein. Die Kommissionen bereiten sich deshalb, ihre Arbeiten schnell zu erledigen und über zusammenfassende Entschlüsse vorzugehen. Die Hauptkommission, später der Balkonferenz vorbereitet werden sollen, Beschluß zu fassen. Je näher man dem Abschluß der Kommissionsarbeiten kommt, desto mehr zeigen sich die Verschiedenheiten der Auffassung, trotz allen Beratungen. Soweit der Gang der bisherigen Verhandlungen feststellungen erlaubt, ist nur mit wenigen einstimmigen Beschlüssen zu rechnen. Am Montag wurde z. B. — um nur einen Fall anzugeben — in dem zweiten Unterabschnitt der Wirtschaftskommission über die Sonderbedeutung der ausländischen Unternehmen kein einstimmiger Beschlüsse gefaßt. Während Frankreich und Italien die Sonderbestimmung verlangt, stimmten Japan, England, Österreich, Deutschland, Spanien und ein weiterer neutraler Staat einem japanischen Antrag zu, der eine Sonderbestimmung nur in Ausnahmefällen zuließ und auch nur dann, wenn alle Nationalitäten gleichmäßig betroffen werden. Diese geteilte Zustimmung birgt natürlich große Gefahren in Genoa auf die Durchführung in sich. Unter den heutigen Machtverhältnissen und nach den bisher gemachten Erfahrungen muß man befürchten, daß gewisse Staaten sich an die Beschlüsse der Konferenz einfach nicht halten werden. Zehnung kann ein Beschlüsse also erst erlassen, wenn den Bestimmungen eine Sicherheitsklausel beigefügt wird, die alle Mächte nicht nur zur Innehaltung, sondern zur Durchführung angemommener Abmachungen verpflichtet. In dieser Beziehung wäre also auch allerlei Vorarbeit zu leisten.

Vor einem Bürgerkrieg in China

London, 25. April. Nach dem Daily Telegraph sind gestern in London Berichte eingetroffen, wonach in Peking der Zusammenstoß zwischen den Heeren des Warichalls Chang-Tso-Tsu und des Generals Wu Tei-tsu für unmittelbar bevorstehend angesehen wird. Die 26. Mandchur-Division mit Kammerkorps aus der Mandchurien ist in Tientsin angekommen. Einer Meldung des Shanghai Telegraph zufolge ist in Tientsin auch ein Eisenbahntransport mit Wagnen angelangt.

Antisemitismus und Rechtsprechung

Wir berichteten jüngst über das Urteil einer Strafkammer in Glogau, die das kommandantmäßige Ausspähen einer deutsch-jüdischen Jugendrotte am Judentempelhof für straflos erklärte. Dieses Urteil macht Schule. Am Gymnasium zu Frankenstein, wo der deutschjüdische Redaktionskomitee eine besondere Pflegestätte zu besitzen scheint, besteht eine Schülergruppe, die Ende vorigen Jahres unter Führung eines Studentrates die Stadt mit einem Gesang durchzog, dessen Lehrtext lautet: „Blut muß fließen, Judentum!“

Wegen dieses Gesanges wurde gegen den Studentrat und seinen Sohn, den Bundesleiter, Strafangelegenheiten wegen Aufreizung zum Massenmord nach § 139 St. G. B. erhoben. Der Oberstaatsanwalt in Glogau — übrigens derselbe Oberstaatsanwalt, der sein öffentliches Interesse zum Einschreiten fand, als vor Jahresfrist eine Note Selbstmordkommissar einen linkslebenden Schriftsteller barbarisch mißhandelte — lehnte aber die Erhebung der Anklage ab mit der Begründung, daß die Juden keine Masse, sondern eine Rasse seien, weshalb eine Aufreizung zum Massenmord nicht vorliege. Daß das Reichsgericht mehrfach den Massenbegriff dahin definiert hat, daß darunter, durch historische Entwicklung abgegrenzte Teile der Bevölkerung zu verstehen seien, scheint dieser Staatsanwalt nicht zu wissen. Der Generalstaatsanwalt in Breslau hat übrigens den Angelegenheiten auf ihre Verfolgung erklärt, daß er diese Aufreizung des Oberstaatsanwalts aufheben werde. Es scheint aber dringend geboten, daß der Reichsstaatsanwalt in Glogau, der seiner Aufgabe offenbar in der Richt-erhebung von Anklagen gegen rechtsgerichtete Exzentriken erfüllt, endlich von seinem Posten entfernt wird.

Noch ein zweiter Fall jüdischer Jähz: In einer Versammlung des deutsch-jüdischen Schup- und Trudubundes, am 1. März 1921, teilte der Vorsitzende, ein Herr Reiffgerste, daß der Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Halle a. d. S., einem kommunistischen 3000 M. dafür geboten habe, daß er den Schriftleiter der Deutschen Zeitung ermorde. Wegen dieser Behauptung stritten die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Halle gegen Herrn Reiffgerste Privatbesichtigungsfrage an. Das Schöffengericht verurteilte ihn jedoch über Nachfrage zu 500 M. Strafe, die Strafammer aber hob in der Berufungsinstanz dieses Urteil auf und sprach Herrn Reiffgerste, obwohl er einen Wahrheitsbeweis für seine Behauptung nicht erbringen konnte, auf Grund Wahrungsberechtigung unter Artikel 193 St. G. B. frei. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision blieb erfolglos. — Deutschjüdische haben eben „berechtigten Interessen“ in einem geradezu fabelhaften Umfang.